

Den Besten das Beste

NZZ

Grossbritanniens Bildungsminister sorgt mit Reformplänen für Aufsehen

15.7.2013

Bildungsminister Michael Gove bezeichnet seinen Plan, die Schulen der Sekundarstufe unabhängig von den lokalen Behörden funktionieren zu lassen, als «radikalste Bildungsreform Grossbritanniens seit einer Generation». Viele schulpolitische Entscheide der Labour-Regierung werden damit praktisch annulliert.

Marion Löhndorf

Michael Gove ist Dauergast in den englischen Schlagzeilen, und das ist kein Zufall. Der ehemalige «Times»-Kolumnist weiss die richtigen Signale zu setzen. Er zieht gegen von seiner Partei identifizierte niedrige Standards an britischen Schulen zu Felde, geisselt anhand griffiger Einzelbeispiele dort herrschende Missstände und lässt keine Gelegenheit aus, Ideen zu deren Bekämpfung in die öffentliche Arena zu werfen. Wer immer dem ehemaligen Musterschüler begegnet, der zur Freude seiner Mitschüler oft cleverer war als die eigenen Lehrer, berichtet von seinem persönlichen Charme und Witz. Der linke «New Statesman» verglich ihn mit einem «hochintelligenten Hobbit». Als «radikal» und «amateurhaft» im politischen Geschäft bezeichnete ihn – nicht ganz ohne Sympathie – der linksliberale «Independent». Immer wieder ist auch von seiner Streitlust zu lesen. Michael Goves aussenpolitische Ansichten kennzeichnen ihn als Tory-Hardliner, dennoch eilt ihm der Ruf eines vergleichsweise liberalen Denkers voraus. Vielerorts fällt der Name des 1967 geborenen Tory-Liebings – neben Boris Johnson – bereits im Zusammenhang mit der Nachfolge Camerons. Zu politischer Prominenz gelangte Gove, weil er seine Reformen mit missionarischem Eifer und erfolgreich vorantrieb.

Mehr Autonomie, weniger Bürokratie

Michael Gove, adoptierter Sohn eines mittelständischen Geschäftsmanns und Oxford-Absolvent, will nicht nur das Bildungsniveau öffentlicher britischer Schulen heben, sondern auch Kindern aus weniger privilegierten Elternhäusern eine gute Schulbildung ermöglichen oder, um es in der Sprache seiner Website zu sagen, ihnen die Chance geben, «ihr Potenzial zu maximieren». Im derzeitigen Bildungssystem würden jene Schüler bevorzugt, deren Eltern den Besuch leistungsorientierter Privatschulen finanzieren könnten.

Die von Gove propagierte Kernidee seiner Schulreform – die Schaffung von Free Schools und Academies – stammt aus der Ära Tony Blairs. Labour wollte mit den sogenannten Academies Schulen in benachteiligten Gegenden fördern. Dabei geht es nur um die Sekundarschulen; in der Grundstufe gibt es keine Academies und Free Schools. Gove führt den Gedanken nun mit Nachdruck fort, konzentriert sich aber im Gegensatz zu Labour zunächst auf besonders erfolgreiche Schulen, die dann den weniger erfolgreichen als Mentoren dienen sollen.

Jede bereits existierende Schule ist dazu eingeladen, eine Academy zu werden – inzwischen gibt es nach Informationen des Bildungsministeriums bereits 2976 von ihnen; bei Regierungsantritt der Konservativen waren es 203. Neugründungen werden Free Schools genannt und dann auch als Academies etabliert: Sie entstehen unter anderem auf Initiative von Bürgern – Eltern, Lehrern, privaten Bildungseinrichtungen oder Religionsgemeinschaften. Die Free Schools und Academies haben eine eigene lokale Trägerschaft, die unabhängig vom Staat und von den lokalen Behörde ist; sie werden lediglich vom Bildungsministerium finanziert.

Mehr Autonomie und weniger Bürokratie sind die dabei ins Feld geführten zentralen Anliegen. Die Free Schools und Academies sind in der Lage, selbst über Fächer, Schülerzahl, Ferien, Lehrkonzepte und Lehrerbezahlung zu entscheiden. Unter ihnen sind konfessionelle Schulen, wie die erste jüdische Grundschule in Südlondon, die Mosaic Jewish Primary School in Wimbledon. Auch Institutionen wie die Phoenix Free School in Manchester entstehen: Sie wird von ehemaligen Soldaten als Lehrern betrieben und will soldatische Tugenden wie Selbstdisziplin, die Fähigkeit zuzuhören und Respekt vermitteln. Trotz aller Freiheit gilt, dass die neuen Schulen einen breit gefächerten und

ausgewogenen Lehrplan vorlegen müssen, um von der Regierung finanziert zu werden.

Die weitgehende Deregulierung des Bildungssystems soll zu mehr Wettbewerb unter den Schulen führen; dem liegt die Hoffnung zugrunde, dass im Zuge der verstärkten Konkurrenz das Niveau aller öffentlichen Schulen angehoben werde. Doch ob die vom Bildungsminister beklagte ungleiche Verteilung der Bildungschancen in England durch die Academies aus der Welt geräumt werden kann, ist fraglich. Denn schon erweist sich, dass die freien Schulen mehrheitlich in ohnehin wohlhabenden Gegenden gegründet werden.

Die Latte höher legen

Gove geht es vor allem um die Reformierung der weiterführenden Schulen. Die Primary School umfasst die ersten fünf Schuljahre. Im Anschluss besuchen die Schüler für dieselbe Zeit die Secondary School bis zur Erlangung des GCSE (General Certificate of Secondary Education), einer dem Sekundarschulabschluss entsprechenden Qualifikation. Wer mit A-Levels, der Matur vergleichbar, abschliessen will, muss mindestens fünf GCSE-Prüfungen mit Noten im oberen Durchschnitt vorlegen und die Schule zwei weitere Jahre besuchen.

Die aus Goves Sicht inflationär vergebenen guten Abschlussnoten sind ihm ein besonderer Dorn im Auge. Schon unter New Labour und zuvor stiegen die Notendurchschnitte 18 Jahre lang ununterbrochen. Das wurde von Labour jeweils als Bildungserfolg gefeiert, war aber wohl eher einer steten Absenkung der Leistungserwartungen an die Schüler geschuldet. Konservative Politiker kritisierten demzufolge seit langem eine «Verdummung» und die Eliminierung jeder Form von Begabtauslese. Zu Goves Lieblingsideen gehörte die Abschaffung der GCSE, die im Herbst 2015 erstmals durch einen auf ein «EBacc», Eng-

lish Baccalaureate, zugeschnittenen Unterricht hätten ersetzt werden sollen, in dem Kenntnisse nicht in mehreren Stufen, sondern in einer grossen, umfassenden Prüfung abgefragt worden wären, die dann 2017 erstmals auf dem Plan gestanden hätte. Diese Idee ist bereits jetzt gescheitert, unter anderem am Widerstand des liberalen Regierungspartners.

Auch mit dem Gedanken, die Schulferien zu verkürzen und die Zahl der täglichen Schulstunden zu erhöhen, machte sich der Bildungsminister wenige Freunde. Nicht nur den Schülern, auch den Lehrern wird ein rauerer Wind entgegenschlagen. Künftig soll Lehrern von der Schulaufsichtsbehörde Ofsted noch gründlicher auf die Finger geschaut werden. Mit dieser «Lehrerbenotung» zog sich Gove den Zorn der ihrem eigenen Empfinden nach ohnehin schon bis zum Anschlag belasteten Berufsgruppe zu. Die Lehrgewerkschaft kündigte für den Sommer und Herbst Streiks an. Der Unterrichtsminister ist der Überzeugung, dass die Qualität der Lehrer für den schulischen Erfolg der Schüler zentral sei. Generell möchte er Lehrern und Schulleitern bei der Gestaltung des Lehrplans und des Unterrichts grössere Freiheiten einräumen: Alle Schulen sollen wieder als autonome Institutionen wahrnehmbar sein.

Abkehr von der Kreativitätsförderung

Insgesamt werden strengere Prüfungen, mehr Disziplin und höhere Massstäbe angestrebt. Grammatik, Rechtschreibung und das Auswendiglernen von Gedichten erleben unter Michael Gove eine Renaissance. Den erwartungsgemäss sich einstellenden Vorwurf des Elitismus streift der Bildungsminister ab. In einer Rede sagte er, dass auch die 13-jährige Tochter einer Arbeiterfamilie «Trost und Anregung bei Keats und Tennyson» finden könne. Elitär seien die, die anders dächten.

Andererseits hat der Bildungsminister mit Keats und Tennyson nicht ganz so viel im Sinn, wie er vermuten lässt. Denn seine Politik begünstigt die sogenannten musischen und «weichen» Fächer keineswegs. Offenbar vermutet er, dass sich in allen Fächern, die auf «studies» enden, Faulenzer und Versager tummeln. Die Künste sollen im Lehrplan marginalisiert und für den Abschluss bedeutungslos gemacht werden. Stattdessen ist gewünscht, dass sogenannte praxisbezogene Fächer wie Mathematik, Englisch, eine Fremdsprache, ein humanistisches Fach und Naturwissenschaften in den Fokus rücken.

Damit vollzieht Gove eine Abkehr von der bisherigen bildungspolitischen Ausrichtung des englischen Schulwesens, das unter der letzten Regierung auf breit angelegte Kreativitätsförderung setzte. Dahinter steht die empirisch unumstrittene Beobachtung, dass gerade sozial benachteiligte Kinder oft die «weichen» Fächer belegen, womit ihnen dann die Qualifikationen für ein Studium oder eine sinnvolle Schulausbildung fehlen. Durch die Stärkung eines Kanons klassischer Fächer will Gove es allen ermöglichen, die Voraussetzung für ein Studium zu erlangen.

Doch auch konservativen Kritikern wie Fraser Nelson im «Daily Telegraph» sind die Widersprüche seiner Politik nicht entgangen. Einerseits sollen Schulen auf den Weg zur Freiheit und Selbstbestimmung geführt werden, andererseits propagiert Gove – tröpfchenweise, so dass es immer etwas über seine Pläne zu berichten gibt – eine härtere Gangart, mehr Strenge und Ordnung. Ferner etikettiert Gove die Entlassung der Sekundarschulen aus der Kontrolle der Kommunen als Dezentralisierung; gleichzeitig führt er sie damit aber unter die enge Kontrolle des Bildungsministeriums und verstärkt die bereits massive Zentralisierung des britischen Staatswesens. Wo die eine Hand sich öffnet, schliesst sich die andere.